

Kein Rechtsstaat ohne die strafrechtliche Verfolgung von Folter

*Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 8. bis 12. Dezember
2014*

(as) Diese Woche standen folgende Themen im Mittelpunkt der US-Berichterstattung: die Veröffentlichung des Untersuchungsberichts über Foltermethoden der CIA, die diesjährige Verabschiedung des Bundeshaushalts, sowie die aktuelle Debatte über Polizeigewalt und Rassismus.

Nachdem der US-Senat einen 500 Seiten langen Bericht über die geheimen Foltermethoden der CIA veröffentlicht hat, ist die Empörung, besonders im eigenen Land, groß. Die *LA Times* nennt die Praktiken der CIA "unmenschlich und widerwärtig" und ist überzeugt, dass die Vereinigten Staaten sofort militärisch eingegriffen hätten, wenn eine andere Nation "Leute außerhalb ihrer Grenzen verhaftet, in geheimen Gefängnissen verschwinden lassen und sie dann gequält hätte". Die *New York Times* plädiert dafür, vereinzelte Beteiligte, darunter einige Mitglieder der Bush-Regierung, zu begnadigen "denn das ist möglicherweise der einzige Weg, ein für alle Mal zu begründen, dass Folter schlichtweg falsch ist". Präsident Obama, der sich in einer Rede im vergangenen Jahr zwar ausdrücklich gegen Folter ausgesprochen hat, wird dennoch kritisiert, da weder er noch das Justizministerium "das geringste Verlangen danach haben, irgendjemanden für das Geschehene zur Verantwortung zu ziehen". Die *Washington Post* reiht sich in die Kritik ein und nennt die Rechtfertigungsversuche der CIA "erbärmliche Entschuldigungen derer, die im Namen der Vereinigten Staaten Dinge getan haben, die weltweit als Kriegsverbrechen gelten". Die meisten US-Bürger fragen sich, weshalb der Geheimdienst wissentlich Beweismaterial vernichtet hat und den Senatsbericht so vehement zu verhindern versucht hat, wenn die Ermittler doch lediglich "erweiterte Verhörmethoden" angewendet haben. Die *Washington Post* findet auf diese Fragen eine simple

Antwort: "Sie haben sich entschieden, auf Böses mit Bösem statt Gerechtigkeit zu antworten. Und sie wussten, dass es falsch war."

Nachdem die Republikaner im US-Senat letztes Jahr die Verabschiedung des Bundeshaushalts blockiert hatten und infolgedessen öffentliche Einrichtungen wie Nationalparks, Museen und Sehenswürdigkeiten wochenlang geschlossen blieben, wurde dieses Jahr ein Verwaltungsstillstand abgewendet. In der *LA Times* wird der 1,1 Billionen Dollar umfassende Etat als Kompromiss bezeichnet, bei dem "für jeden etwas zum Hassen dabei ist". Die Konservativen stören sich daran, dass der Haushalt weder Obamacare noch der Immigrationspolitik des Präsidenten in die Quere kommt. Der Haushalt ermöglicht staatlich versicherten Banken den Verkauf riskanter Derivate, was besonders dem liberalen Lager ein Dorn im Auge ist. Laut *LA Times* klingt der diesjährige Etat eher "bescheiden, aber immerhin besser, als das, was der Kongress im letzten Jahr zustande gebracht hat". Ruth Marcus von der *Washington Post* vergleicht den Haushalt mit einem Cronut, einer Mischung aus Croissant und Doughnut. Genau wie der Cronut ist der "Haushalt mit Dingen gefüllt, die nicht unbedingt gut sind". Er ermöglicht erneut Spenden von Privatpersonen in Millionenhöhe und das "Zweiparteiensystem agiert hier im Dienst von Eigeninteresse". Dennoch wird die Verabschiedung des Haushaltes mit Erleichterung gesehen, da nun immerhin bis zum nächsten Jahr die Finanzierung des Staates gesichert ist.

Der amerikanische Polizeiapparat steht nach den Ereignissen in Ferguson, Missouri, dem Tod eines 12-jährigen in Cleveland, sowie der Entscheidung einer Jury, den Polizisten, der den Tod des New Yorkers Eric Garner zu verantworten hat, nicht anzuklagen, massiv unter Druck. Die Opfer waren in allen drei Fällen Afroamerikaner, die beteiligten Polizisten dagegen Weiße, was die Rassismusdebatte in den Vereinigten Staaten erneut aufkochen lässt. Die *LA Times* wirft die Frage auf, ob der sogenannte Bestätigungsfehler (*confirmation bias*, die Auswahl und selektive Interpretation von Informationen, um die eigenen Erwartungen zu erfüllen) Einfluss darauf hat, wie die weiße Bevölkerung über die aktuellen Vorfälle denkt. Der Polizist, der für den Tod von Michael Brown verantwortlich ist, beschrieb den 18-Jährigen als "dämonisch. Hätte er dieses Wort auch verwendet, wenn der Jugendliche weiß gewesen wäre?" Die *Chicago Tribune* ruft dazu auf, die Diskussion auf Grundlage "glaubhafter Fakten und vernünftiger Annahmen" zu führen und räumt mehrere Mythen über Polizeiarbeit aus dem Weg. Demnach sind Polizisten nicht zunehmend

gewalttätig, aber die "Allgegenwärtigkeit von Handykameras und die Reichweite sozialer Medien machen uns bewusst, dass es Polizisten gibt, die die Regeln brechen". In der *New York Times* wird Präsident Obamas Haltung zu den aktuellen Ereignissen diskutiert. Obama, der sich in der Rassismusdebatte nie so äußerte, dass es die weiße Wählerschaft abschrecken könnte, rief erneut dazu auf, friedlich zu handeln, sagte aber auch, dass Fälle wie die von Michael Brown und Eric Garner, ein "systembedingtes Problem seien, das sich Schwarze, Latinos und andere Minderheiten nicht einfach ausgedacht hätten".

Quellen:

www.latimes.com

www.nytimes.com

www.washingtonpost.com

www.chicagotribune.com